

Hallo, ich bin Jens Geier, herzlich willkommen zu meinem Videopodcast.

In den letzten 20 Jahren ist die durchschnittliche Körperschaftssteuer in der EU um über 12 Prozent gesunken: Und zwar von 35 Prozent auf 22,8 Prozent. Und seit der Aufdeckung der ganzen Steuerskandale rund um Panama Papers und Luxleaks wissen wir auch warum: Weil Multinationale Konzerne gezielt und im großen Stil Steuervermeidung betreiben. Das heißt nix anderes als: Multinationale Konzerne wie Apple, wie IKEA, wie Starbucks, wie die Deutsche Bank und andere versteuern ihre Gewinne nicht dort, wo sie sie erwirtschaften, sondern da, wo sie mit Dumpingsteuern bis zu unter 1 Prozent davonkommen. Das ist eine Praxis, die den deutschen Staat wie alle anderen Staaten in der EU Unsummen kostet. Wir reden hier nicht von Peanuts! EU-weit entgehen den Mitgliedsstaaten so rund 50-70 Milliarden Euro, und das Jahr / für Jahr / für Jahr. Und das ist in höchstem Maße unfair und respektlos gegenüber all den kleinen und mittelständischen Betrieben, die ihre Steuern ordnungsgemäß zahlen – denn das ist nix anderes als unlauterer Wettbewerb!

Die genauen Zahlen, also wo und in welcher Höhe Konzerne ihre Gewinne erwirtschaften und ihre Steuern entrichten, liegen im Moment noch völlig im Dunkeln. Wir Sozialdemokraten kämpfen seit Jahren dafür, dass sich das endlich ändert. Und deshalb freue ich mich, dass wir über eine öffentliche Berichtspflicht für Großkonzerne in der EU abstimmen! Das heißt, Großunternehmen, die im EU-Binnenmarkt tätig sind, müssen öffentlich machen, wo sie Gewinne erzielen und welche Steuern sie darauf zahlen. Das Ganze soll in einem Register erfasst werden, auf das alle Zugriff haben: Bürgerinnen und Bürger, Gewerkschaften, Journalisten und jeder, den das sonst noch interessiert. Außerdem soll da erfasst werden, wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eigentlich an welchem Standort beschäftigt sind. Das ist wichtig, denn so kann man erkennen, wo ein reales Unternehmen arbeitet und wo wir lediglich Tarnfirmen mit Briefkastennetzwerken und leeren Firmenhüllen sitzen haben.

Es ist unser Erfolg, dass die Berichtspflicht nicht nur für Gewinne innerhalb der EU und in Steueroasen eingeführt werden soll, sondern auch für die weltweiten Dependancen von Unternehmen. In anderen Fragen haben uns Konservative und Liberale in die Suppe gespuckt und unsere Vorschläge ordentlich abgeschwächt. Sie wollen nämlich, dass Mitgliedsstaaten einzelne Unternehmen unbefristet von der Berichtspflicht befreien können. Die S&D-Fraktion hatte erfolglos gefordert, die Ausnahmen aus wettbewerbsrechtlichen Gründen klar zeitlich zu begrenzen und diese Unternehmen im Nachhinein dann dazu zu verpflichten, die Informationen offen zu legen.

Außerdem würden wir Sozialdemokraten gerne die Grenze für die Veröffentlichungspflicht deutlich absenken: Im Moment liegt die bei 750 Millionen Euro Jahresumsatz und betrifft grad mal 1.900 Unternehmen. Das sind bloß 10 Prozent aller multinationalen Konzerne und das ist deutlich zu wenig. Unseren Antrag, das auf 40 Millionen Euro Umsatz zu senken, haben Konservative und Liberale im Plenum erstmal abgebügelt.

Erst wenn alle, aber auch wirklich alle, ihren gerechten Anteil an Steuern bezahlen, dann können wir zusammen eine Gesellschaft aufbauen, die in der Lage ist, alle Dienstleistungen bereitzustellen, die Bürger brauchen: Eine hochwertige Gesundheitsversorgung, hochwertige Bildung für alle und die Garantie für ein Leben in Sicherheit!

Vielen Dank für Ihr Interesse!